

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

155 (7.7.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abolagen abgeholt 27 M monatlich. Einzelhefte 1.50 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Solonzeile 3.40 M, auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Zum Schutze der Republik

Ein neuer Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten... Der Reichsrat beschloß heute mit dem Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. In dem Gesetzentwurf wird festgelegt, daß die Verfassung der Eidesleistung auf die Republik die sofortige Entlassung des Beamten ohne Disziplinarverfahren zur Folge hat, ohne daß dem entlassenen Beamten irgend welche finanziellen Ansprüche zustehen. Zur Durchführung des Gesetzes sollen die vorhandenen Disziplinargerichte veräußert werden. Für gewisse schwere Fälle soll ein besonderer Disziplinarhof eingerichtet werden und zwar ein kleiner Disziplinarhof als 1. Instanz und ein großer als 2. Instanz. Vor der Gesamtentscheidung erklärte der bayerische Gesandte v. Preger, daß für die bayerische Regierung das Gesetz in dieser Form nicht annehmbar sei. In der Gesamtentscheidung wurde der Gesetzentwurf mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen.

Kahrs Umtriebe vor dem bayerischen Landtag

Ein merkwürdige Erklärung des Innenministers... München, 6. Juli. Der Landtag beschäftigte sich heute mit der Interpellation der Unabhängigen wegen der kürzlich vom Regierungspräsidenten von Oberbayern, Dr. Kahrs, in einer Versammlung gehaltenen Rede. In der Interpellation wurde gesagt, daß Kahrs unerschrocken zur Wiedererrichtung der Monarchie aufgerufen habe. Ein Minister des Reiches hat unter den Zuhörern gewesen und habe seinen Einspruch erhoben. Die Regierung wird gefragt, ob sie gegen diese monarchistische Propaganda etwas zu unternehmen gedenke und ob die freisinnlichen Minister nicht der Meinung sind, daß es für sie unschicklich ist, an monarchistischen Kundgebungen teilzunehmen.

Der Begründer der Interpellation, Abg. Baumtriff (U.S.P.) bezeichnete Kahrs als den Propagandisten und Geschäftsführer für die kommende Monarchie (Abg. Fischer tritt Koch- und Landesverrat). — Ordnungsruf des Reichspräsidenten. Kahrs, der besagte Beamte der Republik, mißbrauche sein Amt zur monarchistischen Propaganda. (Reichspräsident Hindenburg weist den Redner gegen die Regierung erhobenen Vorwurf, daß sie die Verordnungen des Reichspräsidenten in ihr Gegenteil verkehre und sie nur gegen links anwende, zurück, ebenso den Zurechtweisung der Interpellation, der im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wiederholt zur Ordnung gerufen wurde, erklärte schließlich, Kahrs untergehe in frivoler und schändlicher Weise die Autorität der Reichsregierung. Er gehöre vor den Staatsgerichtshof und müßte nach der Verordnung des Reichspräsidenten aus dem Amte verschwinden.

Minister des Innern Dr. Schaefer erklärte, daß die Versammlung, in der Kahrs gesprochen habe, eine geschlossene Versammlung der Beamtenvereine und Studentenvereine der bayerischen Volkspartei war. Es liege jedem nach der Landes- und Reichsverfassung das Recht zur freien Meinungsäußerung zu. Ein Beamter, der aus seiner monarchistischen Gesinnung keinen Hehl mache, mache sich dadurch seiner Berufung seiner Dienstpflicht schuldig, auch nicht dadurch, daß er die Wiedererrichtung der Monarchie als ein erstrebenswertes Ziel bezeichnet, sofern der gesetzmäßige Weg der Verfassungsänderung ins Auge gefaßt werde und die Form, in der die Anschauungen vertreten werden, nicht beanstandet werden könne. Dabei werde amtlich von den politischen Beamten und den Beamten in leitenden Stellen eine größere Zurückhaltung bei der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und an der Betätigung einer gegen die gegenwärtige Staatsform gerichteten Gesinnung zu verlangen sein. Wenn man die Rede Kahrs nach diesen Gesichtspunkten würdige, müsse man zu diesem Ergebnis kommen, daß Kahrs die ihm durch seine Beamtenpflicht und seine Stellung als Regierungspräsident gebührende Zurückhaltung nicht beobachtet habe. Eine Auforderung zur Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern würde in der Rede nicht erörtert werden. Für die Regierung bestehe daher keine Möglichkeit, Kahrs wegen seiner Äußerungen zur Verantwortung zu ziehen. Auch die Teilnahme eines Ministers an der Versammlung sei bei dieser Sachlage nicht zu beanstanden.

In der Besprechung der Interpellation erklärt der Abgeordn. Spanz (W.P.), daß in der Rede Kahrs, in der er von jedem Verstande einer gewissen Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse ernstlich gewarnt habe, in keiner Weise eine Aufforderung zur Wiedererrichtung der Monarchie, am allerwenigsten die Forderung zu einem Bruch der Verfassung, am allerwenigsten ein Vorhaben gegen die freie Verfassung der politischen Gesinnung eines Beamten würde der Reichsverfassung widersprechen.

Am weiteren Verlauf der Sitzung nannte der mehrheitspolitische Abgeordnete die früheren bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahrs einen unerschrockenen, doppelzüngigen Staatspropagandisten. Die Sozialdemokratie verlange die Säuberung der Verwaltung von Schabernacken. Die Republik werde ihre ganze Kraft dafür einbringen, sich gegen die monarchistische Reaktion zu schützen. Abg. Hilbert (Mittelpartei) sagte, das Ansehen der Regierung würde ein neues Reichstagsmitglied brutalster Art in Deutschland einführen. Ein demokratischer Abgeordneter erklärte, seine Partei bebaue außerordentlich, daß Herr v. Kahrs seinen früheren Standpunkt einer Politik der Mitte aufgegeben und sich zum Standpunkt der äußersten Rechten bekannte. Ein Kommunist verlangte, daß über die Politik von Kahrs als Ministerpräsident der Staatsgerichtshof Aufklärung schaffe. Ein Abgeordneter vom Bauernbund lehnte die Anträge des Reichspräsidenten ab. Minister des Innern v. Schaefer verwahrte sich dagegen, daß Bayern Geheimorganisationen bestünde. Die Organisation, die weiter verfolgt. Ihre Mitglieder seien aber angewandte Norddeutsche und andere Reichsdeutsche. Die Bayerische Regierung habe es für ihre Pflicht gehalten, gegen das Gesetz

zum Schutze der Republik zu stimmen, nicht um dem Reich die Mittel zu verweigern, gegen Verbrechen vorzugehen, sondern weil dieses Gesetz über jedes zulässige Maß weit hinausgehe. Die bayerische Regierung habe auch darauf gesehen, daß ihre Landeshoheit nicht in der Weise geschmälert werde, wie dies durch das Gesetz geschehe.

Wegen dieser letzten Worte des Ministers entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen dem Vizepräsidenten und der Rechten.

Deutsch-republikanischer Studentenbund

Freiburg, 6. Juli. An der Freiburger Universität hat sich dieser Tage unter starker Beteiligung der gesamten Studentenschaft ein deutsch-republikanischer Studentenbund gebildet. Zweck und Aufgabe des Bundes soll sein, alle auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Studenten zu einer Einheit zusammenzufassen. Die Gründungsversammlung, die fast beschloß, beschloß einstimmig, folgendes Telegramm an den Reichskanzler abzusenden: Der deutsch-republikanische Studentenbund, der sich an der Freiburger Universität konstituiert hat, steht fest zur deutschen Republik.

Lärm und Handgemenge im preussischen Landtag

Berlin, 6. Juli. Im preussischen Landtag kam es bei Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik zu großen Vorkommnissen. Als der deutsch-nationale Abg. Hermann eine persönliche Bemerkung über eine Zeitungsnote machen wollte, wozu nach einer rechtsradikale Vorredeorganisation mit Geldmitteln unterstützt haben soll, drangen Abgeordnete der Linken auf ihn ein, um ihn am Sprechen zu hindern. Deutsch-nationale Abgeordnete eilten ihrem Parteigenossen zu Hilfe und es kam unter großem Lärm vor der Plenarsitzung zu einem Handgemenge. Abgeordneter verfuhr Präsident Leinert Mühe zu schaffen. Erst als er den Präsidenten verlassen hatte, trat allmählich wieder Ruhe ein. Der Präsident verfuhr darauf, daß sich der Letzte hinausgeschick mit den Vorgängen beschäftigen werde. Nach Beendigung der Beratung des Gesetzes wurde die Plenarsitzung wieder eröffnet. Präsident Leinert verlas eine Erklärung, in der der Reichskanzler alle Parteien ermahnt, die Autorität des Reichspräsidenten zu achten, wenn es nicht unmöglich werden sollte, die parlamentarische Tätigkeit weiterzuführen. Ein Verfassungsantrag des Reichstags wurde gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen und die Sitzung geschlossen.

Die Kohlenverhandlungen in Paris

Die bereits angekündigten Verhandlungen in Paris... Die Kohlenverhandlungen in Paris haben begonnen, über die Frage der deutschen Kohlenlieferungen. Nicht zum wenigsten durch den Verlust Oberschlesiens ist Deutschland bekanntlich fast im Mitleid mit den Kohlenlieferungen an die Entente. Für den Monat August ist ein neues Lieferprogramm vorgesehen, das natürlich unter keinen Umständen mehr so hoch sein darf, wie die bisherigen Ententeforderungen an deutsche Kohle. Die deutsche Regierung hat eine Kohlenlieferungsvereinbarung, die in Paris übergeben werden wird, in der die Kohlenlage Deutschlands ausführlich geschildert ist. Deutscherseits wird bei den Pariser Verhandlungen der Vorschlag gemacht werden, englische Kohle kaufen zu dürfen um damit den Bevölkerung besonders an hochwertiger Kohle, wie sie Frankreich und Belgien von Deutschland fordert, mehr als bisher nachkommen zu können.

Oberschlesien

Abzug der alliierten Truppen — Eine Mahnung des Reichskanzlers zur Vornehmheit

Die Reichsregierung erklärt folgenden Anruf: In wenigen Tagen wird die interalliierte Kommission Oberschlesien verlassen. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land. Der deutsch gebliebene Teil Oberschlesiens wird wieder mit dem Mutterlande vereint sein. Jeder der durch geschwätige und unbefonnene Taten gegen die Angehörigen der fremden Mächte neue unübersehbare Verwicklungen heraufbeschwört, fügt Oberschlesien und dem ganzen deutschen Reich schweren Schaden zu. Im Namen der Reichsregierung ermahne ich daher die gesamte Bevölkerung, insbesondere alle mit der Durchführung des Abtransports der interalliierten Truppen beauftragten Beamten, dringend, ihre Mühe zu bewahren, sich jeder feindseligen Handlung gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten und so an der schnellen und reibungslosen Durchführung der Räumung mitzuarbeiten. Dr. Brüch, Reichskanzler.

Rom Reichsmirtschaftsrat

Berlin, 6. Juli. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde ein Antrag des finanzpolitischen Ausschusses auf Änderung des Einkommensteuergesetzes einstimmig angenommen, wonach entsprechend dem gesunkenen Geldwert der abgabefähige Betrag von 3000 M auf 6000 M erhöht wird. Sondereinlagen und die unter Sperrung der Rückzahlung auf den Todes- oder Erbensfall eingezahlten Beträge, soweit sie 6000 M jährlich nicht übersteigen, sollen steuerfrei bleiben.

Der Aufstand in Irland

London, 6. Juli. Wie aus Dublin gemeldet wird, gingen um 4 Uhr nachmittags die Kämpfe zu Ende. Zu diesem Zeitpunkt brannten 10 Häuser in der O'Connellstraße. Die Anführer lassen noch im Grandbillet Hotel Widerstand und schossen aus allen Fenstern, während zu beiden Seiten Feuergeräusche gegen Himmel klangen. Um 3 Uhr nachmittags stürmten die Freischaarsgruppen das Crossin Hotel, wobei sich die letzten Verbleibenden ergaben.

Ernstere Situationen und harte Notwendigkeiten

G. Sch. Berlin, 5. Juli.

Seit der Ermordung des Ministers Rathenau steigt der Dollar- und fällt der Markkurs einfach katastrophal. Und es muß in aller Offenheit ausgesprochen werden, daß auch die sonst zuverlässigsten und mutigsten unserer führenden Persönlichkeiten im Wirtschaftsleben, schon den nächsten Wochen in allergrößter Sorge entgegensehen. Wenn gar noch, wie leider zu befürchten steht, es im Ruhrgebiet zu ersten Differenzen zwischen den Bergbaronen und den Bergarbeitern kommen sollte, ist kaum abzusehen, in welche wirtschaftliche Katastrophe wir gestürzt werden. Schon der Streik der Berliner Buchdrucker hat dadurch, daß auch in der Reichsdruckerei gestreikt wird, bereits eine ganz bedrohliche Lage geschaffen. Dieser Streik kann nicht nur die Buchdrucker, er kann die gesamte deutsche Arbeiterchaft sehr teuer zu stehen kommen, weil Druckzeugnisse nicht hergestellt werden, deren tägliche Anfertigung Lebensnotwendigkeit für den Staat ist unter den gegebenen Verhältnissen.

Im Ausland ist seit der Ermordung Rathenaus das Vertrauen auf Deutschlands Wiederaufrichtung rapid gesunken; den Rest besorgt die internationale Spekulation. Wenn es uns nicht binnen aller kürzester Frist gelingt, dem Ausland den Beweis zu liefern, daß das deutsche Reich und das deutsche Volk sich der nationalpolitischen Bestrebungen erfolgreich zu erwehren vermag, sind wir verloren. Große Kreise unseres Volkes taumeln förmlich dem drohenden Abgrunde zu, der gähnd sich vor uns auftut.

Erfüllt der Reichstag seine Pflicht, findet sich eine Mehrheit, die schnell und mit verschärfenden Änderungen das heute eingegangene Gesetz zum Schutze der Republik verabschiedet, drücken die Regierungen mit aller gebotenen Energie beim Beamtenapparat durch, daß das Gesetz schonungslos gehandhabt wird, dann kehrt im In- und Auslande das Vertrauen zurück. Schon allein die Tatsache, daß seit Rathenaus Ermordung sowohl von der Reichsregierung, wie von einzelnen Landesregierungen und bestimmten Behörden eine bisher ungekannte Energie entfaltet worden ist, hat wohlthuend in den Massen gewirkt. Wird unbenommen der Weg wieder beschritten, der zur Wiederherstellung der monarchistisch-militaristischen Gegenrevolution führen wird, so liegt die Republik gegen die Dorden ihrer elenden, infamen und menschenwürdevollen Gegner. Der republikanische deutsche Staat, der sich seiner Todfeinde im eigenen Lande zu erwehren versteht, wird auch den Kredit des Auslandes wieder gewinnen, auf den wir angewiesen sind, und den wir erhalten müssen, sollen wir nicht zusammenbrechen.

Um den Schutz der Republik gefahrlos gestalten und dann auch praktisch durchzuführen, dazu ist die gemeinsame Arbeit von sozialistischen und bürgerlichen Parteien erforderlich. Treten die Unabhängigen in die Koalition und damit auch in die Regierung ein, ist einschließlich des Zentrums und der Demokraten eine tragbare Mehrheit vorhanden. Selbstverständlich geht es in einer solchen Koalition, wie in jeder, ohne Kompromisse nicht ab; eine Partei allein kann, wenn etwas zustande kommen soll, ihre Ansprüche und Forderungen nicht reiflos durchsetzen, sofern sie bei den anderen auf Widerspruch stößt. Und dringend geboten ist jetzt auch, die Aktion zum Schutze der Republik nicht mit einer Fülle von Forderungen zu belasten, die das rasche und erfolgreiche Vorkräftemarschieren erschwert und schließlich unmöglich macht.

Sowohl für unsere inner- wie außenpolitische Lage ist jetzt entscheidend, daß zunächst das Allernotwendigste rasch geschaffen und dann sofort durchgeführt wird. Wer vieles und alles auf einmal durchsetzen will, wird immer scheitern und gar nichts zustande bringen.

Aber, auch darüber läßt die sozialdemokratische Fraktion niemand im Zweifel: sollten sich bei der geheberrischen Gestaltung des Schutzes der Republik von bürgerlicher oder unabhängiger Seite Schwierigkeiten ergeben, die die rasche und zweckmäßige Gestaltung hindern, dann wird die Fraktion die Auflösung des Reichstags zu erzwingen suchen. Wir verkennen nicht die Gefahren, die gerade momentan mit einer Auflösung des Parlaments verbunden sind, aber auch diesmal das Vertrauen und die Hoffnungen der Massen zu enttäuschen, die sich in gewaltigen Kundgebungen für die Republik eingeseht haben, hieße den letzten Salt und die letzte Kraft im deutschen Volke zerbrechen.

Es ist Lebensnotwendigkeit für uns, zu erträglichen Reparationsverpflichtungen zu kommen, neben denen bald eine internationale Finanzaktion gehen muß, aber nicht minder geboten und lebensnotwendig ist, daß bei uns der Glaube an den Staat, das Vertrauen in seine Lebenskraft erheblich gestärkt und befestigt wird. Die Parteien, die bernen und verpflichtet sind, durch energische Taten diesen Glauben aufzurichten, das Vertrauen

zu stärken, tragen eine ungeheure Verantwortung vor dem deutschen Volke, ja vor der gesamten europäischen Menschheit.

In dem Augenblicke, wo die Unabhängigen jedoch öffentlich erklären, daß sie unter gewissen Bedingungen zum Eintritt in die Koalition und die Regierung bereit sind, wäre es verfehlt, scharfe Töne der Kritik an ihrem bisherigen Verhalten anzuschlagen.

Zu der gegenwärtigen Situation kann vernünftigerweise auch keine Rede davon sein, ein Reichskabinett mit einer sozialistischen Mehrheit zu bilden, denn diesem Kabinett stünde ein Parlament gegenüber, das eine bürgerliche Mehrheit hat, dank der Arbeit gerade der Wähler und Wählerinnen aus den erwerbstätigen Schichten.

Und nicht nur eine bürgerliche Mehrheit im Parlament, sondern auch eine bürgerliche Mehrheit im Volke stünde einem solchen Kabinett gegenüber. Wir können nicht allein gegen die anderen, die anderen allein nicht gegen die Sozialdemokraten regieren.

Die Situation hier ist sehr ernst, jeder Tag kann Ueberforderungen bringen. Die Arbeiter im Lande brauchen müssen in ununterbrochener Alarmbereitschaft bleiben.

Gemeindepolitik

Der Badische Städteverband und Städtebund zur Milchpreisregelung

In den letzten Tagen fand im Rathaus in Karlsruhe eine Aussprache von Vertretern der Städte des Landes über die neuesten Milchpreisforderungen der Landwirtschaft statt.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs von Max Ehtz (Fortsetzung)

Es lebe die Freiheit! Und nun sollte ich wieder umföhren, weil die Rheinländer nicht merken, wer vor ihnen Lären stand, und die Belgier — konnte man's ihnen bezagen? — ebenso blind sind?

Lebe wohl, Kinderzeit! Ernst muß es werden, und das Ungestüm draußen mag mich verschlingen, sobald es Luft hat.

Ich rief ein Blatt aus meinem Notizbuch und schielte auf die Rückseite einer Kesselschmelze zu Sachen Abgleichsworte an meine armen zurückgebliebenen Freunde, an Wina, an Minas zahlreiche Freundsinnen und an meine ganze Jugendzeit, die ich unbarmherzig im Meer versenkte.

Ein sonniger Morgen weckte mich aus wogenden Träumen. Draußen rasselten die Dampfwinden mit einer Lebenslust und Arbeitsmut, die fast wehe tat.

die neuerdings genannt worden sind, stehen mit diesen Richtlinien nicht im Einklang und übersteigen ganz beträchtlich die Forderungen, welche von sehr vielen redenden Landwirten als angemessen angesehen werden.

Badischer Landtag

74. öffentliche Sitzung

Präsident Wittmann eröffnet die Sitzung um 8.50 Uhr.

Fortsetzung der Beratung des Vorantrags des Arbeitsministeriums

Abg. Ritter (Komm.) wendet sich dagegen, daß den Kommunisten eine Schuld an den heutigen Verhältnissen aufgebürdet wird. Die kapitalistische Wirtschaft ist schuld an heutigen Elend.

Abg. Freidhof (U.S.P.) äußert sich über die Bedeutung der Arbeiterfrage, seien es nun Hand- oder Kopfarbeiter, um die Produktion. Heute wird die Arbeiterfrage als Ausbeutungsobjekt betrachtet.

Abg. Freudenberg (Dem.) hält die Stellung der beiden Vordränger für sehr einseitig. Auch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung kann man nicht ohne Betriebskapital arbeiten.

Abg. Freudenberg (Dem.) hält die Stellung der beiden Vordränger für sehr einseitig. Auch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung kann man nicht ohne Betriebskapital arbeiten.

Arbeitsminister Dr. Engler: Wir sehen alles daran, die Kriegsbeschädigten in Arbeit zu bringen. Schwierigkeiten liegen nur bei den Tuberkulosekranken vor.

Der Anzerkennung über die Direktion des Badenerwerks

schließen wir uns an. Die übertriebene Kritik an der Grundgebäude kann nicht sofort genug zurückgewiesen werden.

durch die Arbeiter wegen der Anstehungsgefahr, die oft übertrieben wird. Die Kriegsbeschädigten machen uns viel Sorgen, da die Strohmaschinenindustrie, die sie ernährt, sich im Niedergang befindet.

Krankenkassen

betrifft, so stehen die Kassen ohne Freuen immer besser da als solche, die Freuen annehmen. Denn Frauen sind ein unangenehmes Risiko für eine Krankenkasse.

Abg. Ritter (Komm.): Sie ist da. Sie ist deshalb da, weil die Arbeiter den Kommunisten davonlaufen und wieder zu uns kommen.

Abg. Freudenberg (Dem.): Die Arbeiterfrage ist ein sozialer Staat. Es gibt Möglichkeiten, wo der Achtstundentag einmal durchbrochen werden muß.

Abg. Freudenberg (Dem.): Die Arbeiterfrage ist ein sozialer Staat. Es gibt Möglichkeiten, wo der Achtstundentag einmal durchbrochen werden muß.

Der Anzerkennung über die Direktion des Badenerwerks

schließen wir uns an. Die übertriebene Kritik an der Grundgebäude kann nicht sofort genug zurückgewiesen werden.

schließen wir uns an. Die übertriebene Kritik an der Grundgebäude kann nicht sofort genug zurückgewiesen werden.

schließen wir uns an. Die übertriebene Kritik an der Grundgebäude kann nicht sofort genug zurückgewiesen werden.

Ich hatte in den letzten zwei Tagen nur Werkstätten und Werkben der geschäftigen See-Stadt Belgien gesehen. Nun wollte ich zum Schluß das alte niederländische Arbeiterleben durchspüren und mich sechs Stunden lang in einem anderen Raum herumwerfen lassen.

Am Sturmschritt betrat ich mich zweimal, im Galopp langte ich im Schwärzen Anker an — Der Nordische Abale, der Nordische Wallisch, priff schon — ersteinmal, während ich in mein Zimmer trat, und die Dampf und Wasser aus, als ob er seinen Augenblick länger in der Schale aushalten könne.

Ich habe mich unter der niederen Gastföhre mit Zurücklassung mehrerer Franken bezahlt, da der Herr Oberkellner bezüglich des erforderlichen Kleingeld in den Mansarden des Hotels lüchelte.

Das Gedicht war sehr viel länger; aber die folgenden — schlagungsweise — sieben Verse konnte kein sterbliches Auge mehr entziffern.

Das Gedicht war sehr viel länger; aber die folgenden — schlagungsweise — sieben Verse konnte kein sterbliches Auge mehr entziffern.

Der Zeitpunkt zur Unterfertigung für die Versorgung von Gemeinwesen mit Elektrizität ist überschritten. Denn mit einigen Millionen ist es da nicht getan. Bei der Frage der Unterfertigung müssen die heutigen Geldverhältnisse zugrunde gelegt werden. Dies gilt nicht nur für die Hofämter. Der Grundbesitzer liegt die gleiche Summe Geldes, ob Strom benutzt wird oder nicht. Denn anders läßt sich nicht rechnen. Die kleinen Leute brauchen ohnehin keine große Gebühr zu zahlen. Im Hinterland ist ein viel größeres Kapital angelegt als im Mittel- und Ostdeutschland. Wenn wir heute die Grundgebühren abschaffen würden und die Beträge auf die Stromkosten umrechnen würden, dann müßten ganz andere Preise schimpfen als jetzt. Wirtschaftlich kann eine gerechtere Verteilung als durch die Grundgebühren gar nicht gefunden werden, indem man durch die Grundgebühren die Anlagekosten berechnet und durch die anderen Verbrauchsgebühren die Kosten des Verbrauchs. Auch andere Staaten verrechnen so. Ich bitte Sie daher, im Interesse des Badenwerks die diesbezüglichen Anträge abzulehnen. Ich bitte Sie auch, nicht in die Einzelheiten des Badenwerks einzutreten, damit das Werk in seiner Entwicklung nicht gestoppt wird. Ich überlasse es einem Ausschuss zum Badenwerk zu entscheiden, welche von meinem Posten zurücktreten zu können. Dieser Ausschuss ist die Kommission des Badenwerks und der Schweiz zusammen. Ich überlasse es dem Ausschuss, die Kosten der Kraftwerke abzuschätzen zu lassen. Durch das Abschließen wird die Kraftversorgung Oberbadens gesichert werden.

Abg. Frau Siebert (Str.) äußert sich über die Zusammenhänge der philosophischen Anschauungen Nietzsches mit dem Christentum. Unsere Kultur ist zu sehr auf materielle Werte eingestellt; sie ist zu sehr vernünftig, statt auf fürstlich-mütterliche gerichtet zu sein. Die Fortentwicklung hängt von der Stärkung der Einzelverantwortung ab. Den Beschwerden für die Kriegsveterane schließt ich mich an. Wir sollten einen Wertesatz für die lebenden Kriegsveterane haben. Die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sind die Kleinrentner. Die soziale Scham muß das Zeichen unserer Kultur werden. Die sozialen Menschen müssen sich schämen andere einbrechen zu lassen. Die gemäßigten Aufstrebenden der Arbeiterinnen sollten nicht wohnlich gefällig werden. Das Kindereinstell ist sehr brüderlich. Für sittliche Durchbildung bedarf es der religiösen Erziehung. Wenn Herr Freidhof die sittliche Wirkung des Christentums bespricht, so möchte ich sagen, daß auch Herr Freidhof und Frau Unger und zwar noch von den Gütern des Christentums leben. Die Schwestern, die segensreiche Arbeit leisten, kommen nicht aus der Schule des Sozialismus. Auch im sozialistischen Staat wird man nicht um jene hinwegkommen, die sich freiwillig in den Dienst der Menschheit stellen. Das Paracletum der Frau ist ein Hohn auf die Mütterlichkeit und weibliche Gefinnung; ihr muß Stumpf angelegt werden.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen. — Um 1 Uhr verlegt sich das Haus auf nachmittags 1/2 Uhr, worauf mit der Einzelberatung begonnen wird.

**Nachmittags-Sitzung
Einzelberatung**

Abg. Frau Richter (Str.) begründet ihren Antrag auf eine Leberungsanfrage für alle Kriegsschädigten, Kriegsveterane und Hinterbliebenen.

Ministerialrat v. Babo teilt mit, daß die Verhandlungen über das Beobachtungsstatut noch schwächen. Die Anträge der verschiedenen Parteien für die Kriegsschädigten entsprechen deren Notlage. Die Regierung begrüßt die Wege zur Verbesserung der Lage der Kriegsschädigten. Der neue Entwurf des Reichsversicherungsgesetzes bringt Verbesserungen.

Abg. Großhans (Str.) weist auf die festgesetzte Verschlimmerung der Lage der Kriegsschädigten hin. Man hört immer nur Worte. Es kann es nicht weitergehen. Es muß eine grundsätzliche Änderung erfolgen. Diejenigen, die durch ihre Politik Deutschland in das Unglück stürzten, müssen alles tun, um die Lage der Kriegsschädigten zu verbessern. Die Deutschnationalen treiben eine Politik, die es der Regierung unmöglich macht, den Kriegsschädigten zu helfen. Es gibt bei der rechten Industrie, die geradezu eine Verheerung des Reiches durch die Franzosen müssen. Die vielen Erschütterungen durch die Haltung der Reichsparteien erschweren unsere Lage. Der Wortschatz an Mathenau, an dem die Deutschnationalen nicht unschuldig sind, kostet dem Reich Millionen, mit denen man den Kriegsschädigten hätte helfen können. Die Entschädigungen der Kriegsschädigten bei notwendigen Reparaturen sind ungenügend. Kriegsschädigten, die infolge der Art ihrer Verwendung nicht mehr auf hohem Posten tätig sind, sollte man die Vorkosten neben zweiter Klasse zu fahren. Bei der Verteilung sollte den Kriegsschädigten mehr entgegenkommen werden. In die Versorgungsämter sollten Beamte hineinkommen, die ein warmes Herz für die Kriegsschädigten haben.

Abg. Frau Siebert (Str.) äußert Wünsche für das Pflegegeldgesetz. — Abg. Frau Unger (Str.) weist auf den Widerspruch der Neben der Deutschnationalen und der liberalen Volkspartei im Landtag gegenüber der praktischen Haltung dieser Parteien im Reichstag hin. Wir dürfen keine Kinder mehr erziehen, die kriegerisch sind. Damit ehren wir das Andenken der Toten.

Abg. Weismann (Str.) weist an Hand einer Karlsrufer Veroniamung auf die Erschwerung der Kriegsschädigten hin. Die Notwendigkeit der Hilfe ist selbstverständlich. Bezüglich der Kriegsveterane sollte man Baden mehr entgegenkommen. Es gibt heute, 4 Jahre nach dem Krieg, noch Leute, die keine Entschädigung für ihre Kinder erhielten. Hier ist reiches Einkommen nötig. Das letzte Tagelohn der Logarierinnen ist ungenügend.

Abg. Siegelmeier-Oberlich (Str.) tritt für seinen Antrag bezüglich der Kriegsschädigten ein. Arbeitsminister Dr. Engler erklärt, daß die Regierung den Antrag Richter an die Reichsregierung weitergeben wird, wenn er angenommen wird. Es ist jedoch fraglich, ob die Reichsregierung ihm in hohem Umfang Folge leisten kann. Denn es gibt Kriegsschädigte, die dies gar nicht nötig haben. Wir müssen Rücksicht auf die Finanzlage nehmen. Auch die Ententeleistungen spielen eine Rolle. Die Durchführung solcher Anträge würde 48 M. Anwaltsgebühren pro Woche fordern. Man muß deshalb die Anträge zweckmäßig gestalten. Die Pflegekosten werden beim Versorgungsamt geregelt werden. Wenn sich trotz erhöhter Bezüge die Lage der Kriegsschädigten nicht bessert, so sind daran die Verhältnisse schuld, an denen wir alle leiden.

Abg. Frau Richter (Str.) nimmt für sich ebenso wie die Linke das Recht in Anspruch für die Kriegsschädigten einzutreten. Es habe Kriege zu allen Zeiten gegeben und dies wird nicht der letzte gewesen sein. Die Natur ist Kampf und auch unter der Menschheit ist Kampf. Sorgen wir dafür, daß wir jederzeit gewappnet sind. Bei unserem Antrag überlassen wir der Regierung die Einzelheiten.

Abg. Fischer-Meinhelm (Str.) weist auf die Tätigkeit der Deutschnationalen im Reichstag hin. (Abg. Maus (Str.): Sind die Deutschnationalen? — Ja, das ist sein Band. In Berlin bin ich deutschnational (Heiterkeit).)

Abg. Dr. Baumgartner (Str.) wendet sich gegen eine agitatorische Behandlung der Kriegsschädigtenfrage. Der Antrag Frau Richter ist zu allgemein gehalten und finanziell unübersehbar. Seiner Tendenz stimmen wir zu. Die Deutschnationalen sollten aber auch im Reichstag für die Mittel eintreten, um ihre Forderungen angeden.

Abg. Richter (Str.) betont gegenüber der Abg. Frau Richter, daß in der Natur kein Kampf von Tieren gleicher Art gegeneinander stattfindet. Nur bei Menschen findet man diesen Kampf untereinander.

Abg. Dr. Waldner (Str.) erklärt sich mit der Tendenz der vorliegenden Anträge einverstanden. Ueber die Einzelheiten der vorliegenden Anträge sollte man sich im Ausschuss befassen. Arbeitsminister Dr. Engler: Die Regierung ist mit der Tendenz der Anträge einverstanden. Wir wollen die Lage der Kriegsschädigten verbessern. Auch die Hilfe für die Kriegsveteranen wollen wir weitergeben. Man sollte daher die Anträge entsprechend formulieren.

Abg. Maus (Str.) weist die Bemerkung des Abg. Siegelmeier-Oberlich gegen die

Landesversicherungsanstalt

zurück. Es ist falsch, diese als rückwärts zu bezeichnen, weil sie die Gebührenden im Sinne der Krankenkassen erhöht hat. Dies beweist auch der Schiedsspruch. Ein Bureaucratismus besteht an der Landesversicherungsanstalt nicht. Was geschieht, erfolgt im Interesse der Versicherten. Es wird — herbeigerufen durch die vorwärtenden Gesetzesänderungen — geradezu in Massenproduktion gearbeitet; die Beamten an der Landesversicherungsanstalt sind überlastet. Es muß deshalb gegen die Ausführenden des Abg. Siegelmeier-Oberlich Protest erhoben. Der Ausbau der Kolonie Nordsee war notwendig.

Abg. Siegelmeier-Oberlich (Str.) bezeichnet seine Stellungnahme zur Landesversicherungsanstalt als einen Vorstoß der Krankenkassen. Ueber die Personalverhältnisse sind mir von guter unterrichteter Seite Mitteilungen gemacht worden.

Abg. Maus (Str.): Herr Abg. Siegelmeier erklärt nunmehr die jüngeren Beamten gemeint zu haben. Selbstverständlich brauchen diese einige Zeit um sich einzuarbeiten, wenn sie aus anderen Ämtern der Staatsverwaltung kommen.

Abg. Weiskopf (Str.) wünscht Einholung des Tarifs bei Staatsarbeiten, um Neigungen zu vermeiden.

Abg. Hartmann (Str.) äußert sich zur Lage der Tabakindustrie.

Abg. Weismann (Str.) tritt für eine Erhöhung des Zuschusses an die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene ein. Der Zuschuß ist dieser Förderung beigetreten. Es ist nötig, die Öffentlichkeit hierfür zu interessieren. Viel gilt auch für die Gemeindefürsorge. In Berlin hat man ein Ordinarat für soziale Hygiene geschaffen. Dies sollte Nachahmung finden.

Es wurden sich weitere Oberregierungsrat Frau Dr. Baum; Abg. Hartmann (Str.); Minister Dr. Engler, der mittel, daß Verhandlungen über Errichtungen von Kinderkrippen im Gange sind; Abg. Maus (Str.), der den Landtag bittet, dafür zu sorgen, daß mögliche Milchpreiserhöhungen für die Lungenkrankeinstalten unterbleiben, und die Milchqualität einwandfrei ist und mittel, daß die Landesversicherungsanstalt stark für eine Kinderkrippenanstalt eintritt; Abg. Maiber (Str.), der erklärt, für Milchlieferung eingetreten zu sein. Eingegangen ist ein Antrag verschiedener Parteien, die Regierung möge prüfen, ob der Lungenkrippenanstalt

Stammberg

nicht ein Verbot zur Fortführung ihres Betriebes angeführt werden kann. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Baumgartner (Str.) erklärt gegenüber dem Abg. Maiber, daß das Zentrum nicht in Anspruch nimmt alleiniger Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen zu sein, da es keine einseitige Standesvertretung sein sollte. — Abg. Hartmann (Str.) äußert Einzelwünsche zur sozialen Fürsorge. — Arbeitsminister Dr. Engler erklärt, daß die Stelle im Antrag die Gemeinde ist, wobei die Notwendigkeit allerdings die falsche Scham überwinden müssen. — Abg. Frau Fischer-Karlsruhe (Str.) wünscht, daß für den Beruf der Sozialbeamten nicht die höhere Fachschule verlangt wird, da sonst die unteren Rufe, die die Höhe des Volkes lernen, von diesem Beruf ausgeschlossen sind. Denn aus der Praxis wird die Fürsorge am besten gelernt. An Stelle der vielen sozialen Frauenkassen sollten wir eine Landesbehörde haben, nach welcher würde. Die freie soziale Arbeit sollte nicht ausgegliedert werden. Wir brauchen praktische Fürsorgebeamte. Wenn wir aber so weiter machen, haben wir mehr Offiziere als Soldaten. Die Tuberkulose muß nach wie vor entschieden bekämpft werden. Höhere Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose sind deshalb nötig. — Abg. Frau Nagel (Str.) hält angesichts der verschiedenen Landesteile die verschiedenen sozialen Frauenkassen für nötig. — Oberregierungsrat Frau Dr. Baum hält eine Zentralisation der Frauenkassen für wünschenswert. Die Praxis ist für die Sozialbeamten nötig. Unsere Vorschriften für die Ausbildung sind gut. — Abg. Frau Fischer-Karlsruhe (Str.) wendet sich gegen die Überforderung unterer Volksschichten bei Sozialbeamtenposten, da die Praxis hier maßgebend sein muß.

Arbeitsminister Dr. Engler erklärt, daß die Frauenkassen kein Privileg für die Absolventen höherer Fachschulen sind. Sie stehen den unteren Volksschichten offen. Ein gewisses Maß von Selbständigkeit ist jedoch nötig.

Nächste Sitzung: Freitag früh 1/2 10 Uhr. Tagesordnung: Arbeitsministerium.

Der unabhängige Reichstagsabg. Dänmig

ist am Mittwoch früh in Berlin gestorben. Er hat ein Alter von 58 Jahren erreicht; vor kurzem erlitt er im Reichstag einen schweren Ohnmachtsanfall. Da er in der sozialdemokratischen Bewegung, sowie später bei dem Übertritt der Unabhängigen zu den Kommunisten eine erhebliche Rolle gespielt hat, geben wir wieder, was uns zu dem Tode Dänmigs Gen. Weismann, der Dänmig von seiner journalistischen Tätigkeit in Halle kennt, schreibt. Er bemerkt: Dänmig trat im Jahre 1901 in die Redaktion des Volksblattes in Halle ein, der ich damals angehörte. Er kam nicht aus den Reihen der Arbeiter, sondern fast direkt von der sozialistischen Fremdenlegion, in welcher er, mit kurzer Unterbrechung des Verweilens in holländischen Kolonien, volle 11 Jahre verbrachte. Dänmig hat in gebracht der brutale Militarismus der Weltkriegszeit. Dänmig war eine ziemlich unpolitischer Mann, wie das üblich war, jedoch heruntergefallen. Das vertrat menschliches und persönliches Geschehen nicht, er gab dem Leser eine tüchtige Dosis und — loß! Er war sich klar, daß die ihn erwartende Strafe keine geringe gewesen wäre. Das den ihm damals arg bedrückten Fremdenlegion einreiben zu lassen. Diese militärische Episode hat den persönlichen Verhältnisse Dänmigs Mann zu einem grimmigen Feind des Militarismus, aber nicht nur des deutschen, gemacht. Gerade deswegen schloß er sich auch der sozialdemokratischen Partei an, weil sie den harten Kampf mit den Auswüchsen des Militarismus am konsequentesten und nachhaltigsten führte.

In seiner reaktionellen Tätigkeit bearbeitete er mit Vorliebe dieses Gebiet und man übertrag es ihm, wie ich später erfuhr, auch in den Redaktionen der Parteiblätter in Erfurt und Berlin, an welchen er nach seinem Auscheiden aus dem holländischen Volksblatt tätig war. In Berlin gelangte er gerade deswegen reich zu verhältnismäßigem Einfluß. Er sah während des Krieges in der Redaktion des „Vorwärts“ und wurde schließlich zum Verantwortlichen gegenüber der Berliner Zensurbehörde

für die Presse, dem Oberkommando in den Marken, bestimmt. Hier hatte er starke Zusammenhänge mit den damals noch allmächtigen Generalen der Berliner Garnison. Als er dann im weiteren Verlaufe des Krieges und nach der Revolution mehrmals verhaftet und wochenlang im Gefängnis festgehalten wurde, trieb ihn sein lebhafter Impuls und seine früheren Erfahrungen im Militärleben immer mehr nach links. Er schloß sich den Unabhängigen und später den Kommunisten an und war einer der Hauptverantwortlichen auf der Halle'schen Konferenz der Unabhängigen im Jahre 1920, die den Übertritt der Unabhängigen zu den Kommunisten behandelte. Dänmig trat sogar für das Räte-System ein. Die ihn näher kannten, wunderten sich über seine Vinsentwidlung. Er war abhold jeder Strafe und jeder phantastischen Beurteilung des Ganges der Politik. Und trotzdem diese fanatische Hinnegung zur Moskauer Zentrale der Kommunisten!

Die „Frankf. Zeitung“ schrieb damals über sein Auftreten, er sei der einzige der Kommunisten gewesen, der in Halle nicht mit Wrasen, sondern mit D e e n gearbeitet habe. Es war für mich deshalb gar keine Ueberraschung, als vor mehr als einem halben Jahre er der kommunistischen Partei wieder den Rücken kehrte — er war von den Berliner Unabhängigen im Juni 1920 in den Reichstag geschickt worden —, und sich wieder in das Lager der Unabhängigen zurück fand. Ich glaube nicht, daß er ein Wegener des Eintrittes der Unabhängigen in die Reichsregierung gewesen wäre, wenn ihn nicht sein Parteimitgliedschaft in den letzten Wochen an öffentlicher und parteipolitischer Tätigkeit gehindert hätte. Denn die Tat und die praktische Arbeit und erst dann zu erzielende Einfluß waren ihm solange ich ihn bei der reaktionellen Zusammenarbeit zu beobachten Gelegenheit hatte, doch Lebensziel seiner politischen Tätigkeit. Nebenfalls war er ein interessanter Mensch und persönlich ein achtenswerter Charakter, der auf literarischem Gebiete ausgezeichnete Beschlüsse war und durch seine in den Kolonien erworbenen Sprachkenntnisse ein großes Maß allgemeiner Bildung besaß, den ich nicht verzeihen werde.

Aus der Partei

1. Söllingen, 6. Juli. Der Tod hält dieses Jahr in unserer Gemeinde reiche Ernte, kaum vergeht eine Woche, in der nicht mehrere Einwohner zur letzten Ruhe bestattet werden. Ganz besonders wurde unser Parteimit Gen. W i l h. E r l e r heimgesucht. Nachdem ihm im August vorigen Jahres seine Gattin, vor einigen Wochen sein einziger Sohn Gen. G e o r g E r l e r durch den Tod entzogen worden sind, ist ihm nun auch noch sein letztes, seine einzige Tochter, die Ehefrau unseres Parteimit Gen. W o l f R u h m a u l vom Tode dahingerafft worden. Der allgemeinen Teilnahme unserer Parteigenossen können sich die Schwerebetroffenen voll und ganz verschließen sein.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands

Bezirksverband Baden

Den Aufforderungen des Bezirksverbandes in der badischen Parteipresse zur Einendung der Abrechnung und Geldbeiträge an die Bezirkskasse in Mannheim bis längstens 30. Juni ds. Js. sind leider nicht alle Ortsvereinsvorsitzende pünktlich nachgekommen. Eine Anzahl Ortsvereine haben überhaupt noch nicht abgerechnet.

Der Bezirksverband richtet deshalb an die sämtlichen Ortsvereinsvorsitzende die Aufforderung, die Abrechnung sofort einzusenden und gleichzeitig die Geldbeiträge dem Postfachkonto des Bezirksverbandes Nr. 29 570 in Karlsruhe zu überweisen.

Ortsvereinsvorsitzende, welche trotz dieser erneuten Mahnung im Laufe dieser Woche nicht mit der Bezirkskasse abrechnen, werden ohne nochmalige Aufforderung als Nichtanwesende veröffentlicht. Auch ist darauf zu achten, daß alle Sendungen, den neuen Postvorschriften entsprechend, mit Primärmarken versehen werden.

M a n n h e i m, den 6. Juli 1922.
Der Bezirksverband: H. A. Karlsruher, Mannheim, R 3, 14 11.

Genossenschaftsbewegung

Eine Verbesserung des Genossenschaftsstatutes

Die großartige Entwicklung des Genossenschaftswesens erfordert schon seit einiger Zeit die Abänderung gewisser Bestimmungen des bisherigen Genossenschaftsstatutes und ihre Anpassung an die neuen Verhältnisse. Die leitenden Körper des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine streben lange danach, im freien Ausschuss aller genossenschaftlichen Zentralverbände Deutschlands wurde ein allgemeiner, umfassender Entwurf ausgearbeitet, dessen gefühnliche Erledigung aber noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Weil aber einige Abänderungen besonders dringlich waren, hat der Reichstag diese bereits am 20. Juni in einer kleinen Generalsammlung der Genossenschaften mit in Zukunft die Generalsammlung aus gewählten Vertretern der mehr als 10 000 Mitglieder, beträgt die Mitgliederzahl einer Genossenschaft mehr als 3000, so kann das Statut das gleiche bestimmen. Bisher mußte bekanntlich jedes Mitglied in der Generalsammlung sich selbst vertreten, was bei den größeren und größten Vereinen rein räumlich zur Unmöglichkeit und zur Unzulänglichkeit geworden ist. Weiter sind neue Bestimmungen getroffen worden, die die Verschmelzung von Genossenschaften erheblich vereinfachen und erleichtern. Damit wird der unerlässlichen Zusammenfassung der Verbraucherkräfte manche bisherige Schwierigkeit und Unzulänglichkeit aus dem Wege geräumt und den Mitgliedern einer aus Zweckmäßigkeitsgründen aufgelösten Genossenschaft der Übertritt außerst bequem gemacht. Die Gesetzesnovelle darf von allen Freunden genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft begrüßt werden.

Gerichtszeitung

Bestrafte Schmuggler. Mehrere Angestellte einer S i n d e n e r Expeditionsfirma hatten sich wegen unerlaubter Ausfuhr, Urkundenfälschung, Vorsehung und Unterschlagung zu verantworten. Sie hatten einem bereits vollständig abgefertigten, für die Schweiz bestimmten Wagon zahlreiche Pakete mit Kleiderstücken, Schuhen usw. beigelegt, Frachtbriefe und Ausfuhrbescheinigungen gefälscht und die angeblich vom Zollamt in das Ausland als zurückgezahlt vermerkten Beträge unterschlagen. Auf diese Weise verschafften sie sich hohe Beträge, die verteilt wurden. Der 24jährige Handlungsgehilfe Karl Reize aus S i n g e n wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, der gleichaltrige beehrterte Expedient Robert D i t t aus Mannheim zu 4 Monaten und 2000 M. Geldstrafe, der 18jährige Karl Müller aus S i n g e n zu 3 Monaten Gefängnis und zwei weitere Angestellten zu je 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Deutscher Reichstag

Interpellationen über die Reichswehr und die Regimentsfeiern — Lärmjahren

Berlin, 6. Juli. Beginn nachmittags 2 Uhr. Die Beratung der zum Gesetz zum Schutze der Republik eingebrachten Interpellationen der Unabhängigen über das Fortbestehen der Selbstschutzzugorganisationen, über die Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind und betreffend die Königsberger Hindenburgfeier sowie die der Sozialdemokraten über antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und der Reichswehr steht auf der Tagesordnung.

Abg. Dr. Moser (U.S.P.) begründet die ersten Interpellationen. Wenn ein Beschützer des Wörders Munde der Rosa Luxemburg und Liebknecht auf Sie legen, so ist selbstverständlich, daß Schützer und Förderer eines Mörders die gleiche Strafe wie dieser trifft. Wie unterscheiden sich wohl zwischen einem Düringer, Goesch, Mutter, Behm und einem Penning und Helfferich. Von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Kölnischen Anzeiger“ wird die Presse vergiftet. Es ist besser, daß die Republik verfassungswidrig lebt, als daß sie verfassungsmäßig zugrunde geht. Die Regimentsfeiern, wie auch die Hindenburgparade in Königsberg, werden zu Provokationen der Arbeiterklasse ausgelegt. Und zur selben Stunde, als Mathenau ermordet wurde, schlug der durchlauchtigste Großmeister des Johanniterordens, Sr. Maj. Hohel Prinz Eitel Friedrich, in Potsdam neue Johanniterritter. (Gelächter links.) Auch die Paraden vor dem Wilhelmsbader Bringen haben mit Erinnerungsfeiern an Kriegserlebnisse nichts zu tun. Mag die deutsche Volkspartei, die bislang Schlichter an Schlichter hinter den Deutschen gelanden hat, angesichts der letzten Tage tun, was sie für erforderlich hält. Das Proletariat ist auf dem Weg zur Einigung. Es will heraus aus der jetzigen Mordatmosphäre, sonst haben wir den Bürgerkrieg.

Am 3 Uhr wird die Verhandlung zur Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung über die Neugliederung des Reiches unterbrochen. Das Gesetz wird angenommen. Darauf begründet Abg. Vogel-Frank (Soz.)

die Interpellation betr. antirepublikanische Kundgebungen von Mitgliedern der alten Armee und der Reichswehr. Die Regimentsfeiern, die vorwiegend von ehemaligen Offizieren veranstaltet werden, wachsen sich immer mehr zu antirepublikanischen Kundgebungen aus und die Reichswehrexzessen beteiligen sich daran. Im Reichswehrministerium erkennt man die Gefahren dieses Treibens noch immer nicht, oder will sie nicht erkennen. Am schlimmsten steht es in Bayern. Die Bevölkerung wird zur Selbsthilfe gezwungen, wenn die Provokationen der Reichswehr, die ganz ungenützt mit der Flagge schwarz-weiß-rot paradiert, nicht aufhören. Dazu kommt die neue Provokation durch Beförderung des Herrn von Löwenfeld zum Kommandanten eines republikanischen Kriegsschiffes, womit sich Deutschland im Ausland nur lächerlich machen muß. Darum verlangen wir Garantien dafür, daß das Reichswehrministerium jetzt Ernst macht mit der Republik.

Reichsjustizminister Dr. Brüning befragt die Schadensersatzforderungen in den sogenannten Waffenprozessen, die in der zweiten Interpellation angezogen sind. Wegen Schadensersatzung bei rechtskräftigen Urteilen ist nichts einzuwenden. Wenn, wie der Redner meint, die bayerischen Polizeibehörden angewiesen seien, bei Anordnung des Reichsanwalts vor Beginn dieser Anordnungen die Sache dem bayerischen Minister des Innern vorzutragen, so entspricht das nicht der Reichsverfassung. Das Reich kann nicht darauf verzichten, seine Anordnungen sofort zur Durchführung zu bringen.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums, Major Schlichter, verliest von Vaniger: Zwischenruf: Der äußerste Punkt unterbrochen, eine lange Erklärung über das Verhalten der Truppen bei der Hindenburgfeier in Königsberg. Die Truppen haben alle Abmachungen innegehalten, die mit dem damaligen Polizeipräsidenten vereinbart waren; nicht so aber die Demonstrationen. Der Lieberall war vorbereitet, und die kleine Truppe befand sich in der Notwehr. Die Teilnahme der Reichswehr bei Ehrung von Gefallenen soll die Liebe zum deutschen Vaterland pflegen und wie die Regimentsfeiern selbst ein Mittel sein, über die im Volke vorhandenen Gegensätze hinwegzuführen. (Gelächter links.)

Reichswehrminister Gessler: Obwohl unsere Reichsmittel gegen die Organisationen bislang nur gering waren, haben wir doch schon im vorigen Herbst eine Reihe von Verbänden verboten. Jetzt haben wir allerdings andere Mittel, die über dem Verbot stehen, Sachen und Thüringen eine große Reihe von Organisationen verboten worden. Darunter sind diejenigen des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, eine große Anzahl von Jugendbünden, der Bund nationalgermanischer Soldaten, die Stahlhelmvereine und so. Ob die Mittel ausreichen werden, wird die Zukunft lehren. Wir haben dem Reichsrat erneut ein Reichspolizeigesetz vorgelegt, es wird auch ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Wir sind mit größter Eile vorzugehen. Wir wollen aber, daß diese Vereinigungen nicht alle aus Verbot entstanden sind. Andererseits stellt uns die Auflösung dieser Vereinigungen vor neue Aufgaben. Schon bei den Aufstellungen im Herbst haben wir versucht, die durch die Auflösung brotlos gemordeten Exzessanten wirtschaftlich unterzubringen. Auch jetzt haben wir in Oberbayern wegen Hunderten von Selbstmordleuten, die ergebnislos gemordeten sind, und in Verbindung gesetzt mit dem Gewerkschaftsbund und der Industrie, und ich treue mich, sagen zu können, daß der Gewerkschaftsbund bereit ist, diesen Leuten wirtschaftlich zu helfen.

Es folgt die Besprechung der Interpellationen: Abg. Cuno (D.P.): Hindenburg ist hochbetagt noch einmal in seine Heimat geführt und in die Städte, die ihn zum Ehrenbürger ernannt hatten. Die Veranstaltung war ganz unpolitisch. Die Begeisterung war ungeheuer. Einen Mann wie Hindenburg parteipolitisch zu stempeln, ist unerhört. Schämten müssen wir uns im Ausland. Weisfall rechts. Gänbellschen auf den Tribünen. Lärm bei den Unabhängigen und Kommunisten, welche die sofortige Räumung der Tribüne verlangen. Glade des Präsidenten. Am Saal bilden sich erregte debattierende Gruppen. Eine Anzahl Tribünenbesucher werden von ihnen zum Verlassen der Tribüne veranlaßt. Redner geht fort, denn unter fortwährenden Unterbrechungen der Rinken und lärmigen Gesandenen der Rechten auf die Einzelheiten des Hindenburgbesuches in Königsberg ein.

Abg. Kaniel (D.P.): Die ganze Interpellation hatte nur den Zweck, ein Trommelfeuer gegen die Deutschnationalen zu veranlassen. Die Selbstschutzzugorganisationen sind nur eine Gegenmaßnahme gegen linksradikale Ausschreitungen, und die Regimentsfeiern dienen nur der Kameradschaft. Wir werden uns das deutsche Volk und seine Großtaten nicht aus dem Herzen reißen lassen. (Weisfall rechts, Lärm links.) Die Linke sollte sich schämen, ein neues Justizgesetzk zu machen. (Witenden Lärm links und Rufe: Unbescheidenheit, Luftbund. Die Abgeordneten der Linken drängen auf den Redner ein. Präsident Löbe unterbricht die Sitzung. Der Lärm legt sich erst allmäh-

lich.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Präsident Löbe, der Abgeordnete Kaniel habe sich bei dem Satz „in den Rücken fallen“ auf den Stadtverordneten Vater berufen wollen, und erteilt dem Abgeordneten Kaniel erneut das Wort. Die Linke schreit von neuem und dringt unter lautem Lärm gegen die Rednertribüne vor.

Darauf schließt Präsident Löbe gegen 7 Uhr die Sitzung. — Morgen nachmittags 4 Uhr: Weiterberatung.

Berlin, 6. Juli. Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde heute mit der Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik begonnen. Zu dem Gesetz sind verschiedene Anträge gestellt worden. So beantragte das Zentrum, den Kreis der durch das Gesetz zu schützenden Personen auch auf die Volkserzieher des Reiches und der Länder auszudehnen. Von sozialdemokratischer Seite liegt eine Reihe von Anträgen vor, die die unter Strafe zu stellenden Handlungen erweitern und höhere Strafen vorsehen. Weiter beantragten die Sozialdemokraten, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik nicht bei dem Reichsgericht, sondern in Berlin errichtet werden soll. Von den sieben Mitgliedern des Staatsgerichtshofes soll nach dem Antrag nur eines dem Reichsgericht angehören; die übrigen sechs sollen nicht die Befähigung zum Richteramt zu haben brauchen. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei will die Straffreiheit nicht nur auf Geiseln, wie in § 1 des Gesetzes vorgesehen, sondern auch auf Rechtsanwältinnen ausgedehnt werden in Ansehung dessen, was ihnen in Ausübung ihres Berufs anvertraut wird. — Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob ein Gesetz zum Schutze der Republik sofort notwendig ist, oder ob man vorläufig mit der Beratung auskommen könne. Für das Letztere tritt die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei ein. Nach Schluß der Aussprache wurde zur Durchberatung der verschiedenen Anträge eine Unterkommission eingesetzt. In der morgigen Sitzung des Reichsausschusses soll dann sofort mit der Abstimmung begonnen werden.

Badische Politik

Herr Abg. Wager unter den Nädern

Der „Neuen Bad. Landeszeitung“ wird aus Heilbronn gemeldet:

In der heutigen Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht wurde in der Beleidigungssache des deutschnationalen Abgeordneten Wager gegen Dr. Pfeffer, Schriftleiter des Heilbrunger Tageblattes, dieser freigesprochen.

Das Gericht erachtete die Beweisführung des Beklagten Dr. Pfeffer für im Wesentlichen erbracht und brandmarkte das Verhalten des Abg. Wager in der Angelegenheit des Luftballonbaues in Mannheim-Sandhausen als mit der nationalen Würde eines Abgeordneten unvereinbar. Die Kosten fallen dem Privatkläger zu, zu denen eine Geldstrafe von 500 Mark wegen Beleidigung kommt.

Keine Milch für Kinder — aber Schlagjahre

Ausfremde und Hotelgewerbe zeigen wieder einmal ein Verhalten, welches ganz allgemein zu einem öffentlichen Vergehen ausartet. Bekanntlich ist die Zufuhr von Milch nach den Städten derzeit schwach, daß die für die Kinder und Kranken vorgesehenen Nationen ständig gelüftet werden müssen. Kommt man aber in die Fremdenverkehrsorte des Schwarzwaldes, dann sieht man, daß Milch genug vorhanden sein muß, denn Schlagjahre gibt es da und dort, so viel wie der Geldbeutel nur verdrägt. Ob man nach Dyrnau kommt oder nach Griesbach, in den südbahischen wie in den nördlichen Schwarzwald: überall das gleiche Bild. Ein Teil des Schlagjahres achtet das Verbot gegen die Herstellung von Schlagjahre; ein anderer Teil aber, insbesondere die Kaffees, deren es jetzt auf den Landorten auch welche gibt, steifen auf das Verbot und fertigen für die „Stammkunden“ Schlagjahre, wofür die erforderliche Milch unter allerlei Schikanen und Vorkäufen und unter Aufbietung fortgesetzter Preissteigerungen beigebracht wird.

Eine außerordentlich bedauerliche Erscheinung ist, daß diese Vorgänge in der protestantischen Weise in gerade öffentlicher Schau ins Leben treten. „Schlagjahre“ verkonsumieren. Man braucht sich in der Tat nicht zu wundern, daß die Erregung des Volkes über solche Beobachtungen immer weitere Kreise zieht.

Sache der Ordnungspolizei, der Genbarmerie und der Bezirksämter wird es sein, diesem vor aller Öffentlichkeit sich abspielenden Vorgang Aufmerksamkeit zu schenken und dem oben angelegenen Verbot endlich auch den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Da alle Ermahnungen nichts zu nützen scheinen muß der Strafakt der Geschäftsverwelt zeigen, daß es auch noch so etwas wie eine Moral gibt, die über dem Geldverdiensten steht und die uns sagt: Die Milch gehört den Kindern und den Kranken!

„Schulenkämpfe werden kommen!“

Das sagen nicht wir, sondern das erklärt der — „Badische Beobachter“ in seiner Nr. 151 am Schluß einer Erwiderung auf unseren Artikel „Wie's gemacht wird“. Diese Erwiderung ist in demnachsther Hinsicht interessant. Denn hier wird so allmählich der Maß der Schelle angehängt. Es heißt nämlich dort: „Es könnten also — nämlich wenn die Simultanfakultät nicht ganz so bleich wie sie 1876 geschaffen wurde — ohne weiteres unglaublich Lehrer, die gar keinen Religionsunterricht erteilen können, in ganz katholischen oder evangelischen Orten angestellt werden. Damit wäre die Religion aus dem eigentlichen Schulbetrieb überhaupt ausgeschaltet und rein zur Sache der Kirche gemacht.“

Es ist unglücklich, wie hier in ein paar Sätzen mit Begriffen jongliert wird. Zunächst das allgemeine: es ist unglücklich der Begriff „Religion“ ohne weiteres mit konfessionellem Unterricht gleichzusetzen. Es gibt rein weltliche Schulen, in denen viel mehr „Religion“ erteilt wird als in tausend Kirchen- und Schulhäusern. — Aber was soll weiter der Ausdruck „Religion“? Die Religion werde aus dem eigentlichen Unterricht verdrängt, wenn nämlich andersgläubige Lehrer die weltlichen Fächer erteilen? Weis der „Bad. Beobachter“ nicht, daß z. B. in Karlsruhe wie auch anderwärts katholische, evangelische, jüdische, freireligiöse Kinder zu ein und demselben Lehrer gehen, gleichgültig, ob der Lehrer katholisch, evangelisch, freireligiös oder jüdisch ist? Also müßte doch der „Beobachter“ schlüssigerweise schon längst die Karlsruheer Volksschule „verhinder“ haben. Weiter: weis der „Bad. Beobachter“ nicht, daß die Verfassung ausdrücklich bestimmt, daß die Angehörigen zu einem Bekenntnis keinen Einfluß auf die Anstellung beim Besatz ausüben darf? Hat nicht gerade das Zentrum seit Jahren immer wieder in dieser Richtung gekämpft? Und will es jetzt, weil es ihm nicht mehr in den Kram paßt, dem Lehrer dies Staatsbürgerliche Recht nehmen? Wenn das der Zweck der Simultanfakultät sein soll, dann können wir versichern, daß die badische Lehrerschaft in geschlossener Kampffront steht. Die badische Lehrerschaft wird in diesem Kampfe die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Presse haben.

Ob sie das auch bei den bürgerlichen Parteien finden wird, das wissen wir nicht so recht. Bei der bürgerlichen Presse, deren Abnommenten ja wohl die meisten Lehrer sind, haben sie scheint's diese Unterstützung noch nicht gefunden.

Jugend und Sport

H.S. Durlach I — H.Z. Karlsruhe I 4:0 (0:0). Das Spiel fand am Mittwoch abends in Durlach statt. Durlach komplett. H.Z. mit Erlaß für Formwächter, rechter Außen und rechter Flügelstürmer. Platzverhältnisse schlecht. Vor Halbzeit offenes Feldspiel (0:0). Zweite Hälfte energisches Spiel von Durlach, das zeitweise ziemlich zu energisch wurde. Zwei Abseitstöße. Nach dem Spielverlauf Resultat viel zu hoch. Schiedsrichter nicht einwandfrei.

Kleine badische Chronik

* Mannheim, 6. Juli. Einbruchsdiebstahl. In einer Wohnung der Oststadt wurde ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Der oder die Einbrecher, auf deren Ermittlung eine hohe Belohnung ausgesetzt ist, erbeuteten kostbare Schmuckgegenstände im Werte von 500 000 M., darunter ein Brillantohrgehör mit 15 Brillanten und 110 000 M. in Taubendiamantsteinen.

* Oberharmsbach, 6. Juli. Blieschlag. Der Blieschlag in das Haus des Ewerin Schwanerz, Hofmannen an der Hub, verursachte verschiedene Schäden im Hofgebäude und schlug eine Kuh im Stalle tot.

* Freiburg, 6. Juli. Vom Münster. Nach mehr als achtjähriger Dauer können die Wiederherstellungsarbeiten am Turm des Freiburger Münsters als beendet gelten. Nach und nach ist das Gerüst abgetragen worden, welches dieses herrliche Bauwerk bis an die äußerste Spitze lange Zeit einhüllte. Jetzt wird der Blick nur noch durch einige wenige Balken gestört, die aber wohl auch demnächst verschwinden werden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das schwierige Werk ohne jeden Unfall ausgeführt werden konnte.

* Muggen (Amt Waldshut), 6. Juli. Töbliche Unfälle. Beim Baden ertrank an der Mündung der Wutach in den Rhein der Schlosser Hermann Krauß. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Weiter herumglückte der hier wohlbekannteste Bahnarbeiter Schäffler in Weitenfeld. Ein Hund sprang Schilling an einer abschüssigen Stelle ins Fahrpad, was zu einem tödlichen Sturz führte.

* Waldshut (Amt Waldshut), 6. Juli. Im hiesigen Altmünsterwaldpark ist der Arbeiter Gustav Gauß schwer verunglückt. Er brachte eine Hand in eine Walze und mußte ins Spital überführt werden.

* Muggenbach, 3. Juli. In hiesiger Gegend bieten jetzt schon Obstbänder 800 M für den Rentner Kessel im Kometenlauf. — Vom Kirchbaum geführt ist die verheiratete Tochter des Schreinermeisters Roser hier und zog sich innerliche Verletzungen zu.

* Konstanz, 5. Juli. Am 10. Juli, vormittags 11 1/2 Uhr, findet in Friedrichshafen die 12. ordentliche Generalversammlung der „Deutschen Luftschiffahrt-Gesellschaft“ statt. Nur die üblichen geschäftlichen Punkte stehen auf der Tagesordnung: eine Folge des Darniederliegens der deutschen Luftfahrt. Die Zahlen der Bilanz bieten ein recht betrübendes Bild dieser Gesellschaft, auf die Deutschland einst stolz sein konnte, und das Bild wird noch weiter verdimmert durch den Umstand, daß die Gesellschaft unter dem immer noch bestehenden Bau- und Fahrverbot des abgelaufenen Jahres zu leiden hatte. Die fast einzige Betätigungsmöglichkeit war die Liquidation der Schwärze. Die Entschädigungsverhandlungen mit dem Reich wegen der enteigneten Luftschiffe und Schwärze wurden durchgeführt. Diese Entschädigungsummen wurden für einen Wiederaufbau zurückgestellt. Die Betriebsorganisation wurde auf einen Kern Stammpersonal beschränkt, der eben ausreicht, um mit diesem einen Fahrbetrieb aufzubauen. Weil nun am 5. Mai das Fahrverbot für kleine Luftschiffe aufgehoben wurde, und weil ferner die Luftschiffahrt-Jeppelein ausichtsreiche Verhandlungen führt, um im Ausland einen Bau- und Fahrbetrieb aufzubauen, hat der Vorstand der Delag die Hoffnung, in nicht ferner Zeit wieder ein leistungsfähiges Betriebsunternehmen zustande zu bringen.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 7. Juli

Geschichtskalender

7. Juli. 1566 Der Rädiger Adolf Diestweg in Berlin. — 1809 Der Abg. Deutsche Arbeiterverein dem Kammergericht geschlossen. — 1921 Der englische Staatsmann Lord Balfour.

Ein rabiatler Hoflieferant

begw. dessen Hintermann, der sich Heinemann nennt, hatte die Freundschaft uns folgenden Brief zu schreiben:

An die Hochwohlwollende Direktion des Volksfreundes hier

A. No. Ich wollte mich bloß im Namen meiner Kollegen bei Ihnen bedanken, daß Eure Egozen Naudis uns an unseren Geschäftsführern die „Hoflieferanten“ heruntergerissen haben. Diese Unthat ist Ihrer edelsten Geste (Sie haben den Böbel direkt doch angehalten) gutzuschreiben. Gott sei Dank sind wir heute noch stolz, daß wir Hoflieferanten sind und unsere Bestimmung lassen wir uns von Euch Egozenbrüdern nicht nehmen. Mit Eurem Republik, Ihr sollt sie ja haben, aber begibt wenigstens dabei keinen Hausfriedensbruch, verzeiht Euch an fremden Gult. Ich werde an meinem Haus den Hoflieferantenschild wieder andringen lassen in echter Vergoldung um Euch zu zeigen, was ich denke und weis dem, der sich erlaubt, davon zu lassen. Meinem Wunsche Ihrerseits ebenfalls wieder die Marke anzubringen, was den auch meine Kollegen, die Hoflieferanten, sich anschließen. Ihr Karren, arbeitet lieber für das Wohl der Republik, als Langjäger und Wunsaffen zu markieren. Früher galt Eure Kaiserliche, heute habt Ihr bloß die Schreier auf Eure Seite. Leute von Bildung lesen andere Zeitungen, die keine solche Revolutschau zeigen haben.

Wir bilden uns sehr viel auf unsere Auszeichnungen ein, die wir vom Hofe erhalten haben und der Titel „Hoflieferant“ will heißen, daß wir keine Egozenlieferanten sind, wie die kleinen Krämer. Das liegt schon im Wort! Hoflieferant. Ich persönlich denke viel an unseren herrlichen Großherzog und seine früheren Zeiten herbei als dieser Säwenerals mit Euren Umzügen. Bleibt dabei mit besser. Jedenfalls wird diese Ehre der Großherzog einen Uel empfunden haben, als die großherzoglichen Insignien von Lubenhand entfernt wurden.

Mit der Ihnen gebührenden Achtung begrüße ich Sie im Namen der Karlsruhe Hoflieferanten. Der Schild wird einstecken innen im Verkaufsraum angebracht bis unter Egozen abgeräumt. Am Vorsteher: Heinemann.

Wir bitten diesen Artikel zu veröffentlichen.

Was hiermit geschrieben ist. Wir sind nicht ja. Unserer Leser wollen auch mal was zum Lachen haben.

Hauptversammlung des Sozialdemokrat. Vereins

Schr. Trotz der kolossalen Hitze, die am vergangenen Mitt- noch herrschte, hatten sich die Parteigenossen zahlreich im „Elefant“ eingefunden. In Vertretung des Genossen Schwert leitete Genosse Beech die Versammlung. Als erster Punkt stand der Vortrag des Genossen Dr. Kullmann: „Der Werd an Minister Rathenau und seine politischen Folgen“ auf der Tagesordnung. Einleitend bemerkte der Referent, daß ihm gegenüber

Gegen 1/2 12 Uhr schloß Genosse Beech die Versammlung und stiftete den Versichern den Dank für die Ausdauer ad. Sosen mit im Interesse unserer Ziele, daß dieses Interesse bei unseren Parteigenossen dauernd anhaft.

Die Bilderhämerei in Durlach

Ein Lehrer schreibt uns: Die Ausschreitungen in Durlach, namentlich die Verhöhnung von Gemälden aller Persönlichkeiten geben der bürgerlich-kapitalistischen Karlsruher Presse natürlich die längst ersehnte Gelegenheit, noch äger zu jammern, als dies bisher möglich war. Nun ist es ja gang selbstverständlich, daß auch wir diese Tat nicht billigen. Aber man muß sich doch einmal fragen: wer ist denn eigentlich schuld daran, daß die Arbeiterklasse gerade diese Persönlichkeiten so mißachtet? Wir meinen, es sind zwei Gründe, erstens will das Volk an sich auch ersehen, und wenn eben alte Diktatoren und Monarchistenbilder propagierend noch herumhängen, so wirkt dieser Aufnahmungsunterricht dementsprechend. Man schaffe sie weg, und die Reaktion ist erfolgreich beendet. Der andere Grund ist die vererbte monarchistische Erziehung in der Schule. Man braucht sich bloß an die Heimatlunde a la Hedemann zu erinnern und man weiß, daß gegen diese Art der monarchistischen Jugendverziehung auch hier letzten Endes protestiert wurde. Man hat die Arbeiterjugend jahrzehntlang einen gefälschten Geschichtsunterricht erteilt, wobei zur Ehre der Lehrer gesagt sein soll, daß sie ja nicht anders konnten und auch selbst so erzoget waren: heute rächt sich das nun, daß die Arbeiterschaft auch dann keinen Respekt mehr vor Monarchen hat, wenn sie irgendeine geschichtlich objektive Bedeutung hatten. Wenn man wieder ein wenig in Durlach die Volksschule unter der Leitung eines deutschnationalistischen Oberlehrers sieht und wenn man weiterhin weiß, was sich dieser Herr noch jüngst erlaubte, um einen sozialdemokratischen Lehrer unmöglich zu machen, dann begreift man dies und noch manches andere.

* Eine weitere Preisverhöhung für rationiertes Brot ist seit gestern eingetreten, und zwar kostet jetzt der große Laib 12 M und der kleine 6 M. Begründet wird die Erhöhung mit der Steigerung der Getreidepreise in den Vädereien, was für die Geschäfte, in denen wirklich Getreide in Arbeit gehen, auch zutreffen dürfte. Aber in den meisten Bäckereien wird bekanntlich mit Mehrlingen gearbeitet, jedoch die Erhöhung größtenteils in die Tasche der Bäckermeister wandert, denn es ist kaum anzunehmen, daß sie den Mehrlingen den erhöhten Betrag ausshändigen. Die Erhöhung bedeutet also ein Geschenk für diejenigen Bäckermeister, welche keine Getreide bestrahlen. Und zu dieser Sorte gehört der allergrößte Teil.

Auf- und Sonnenbad im Dammertof. Nachdem die Allreinigung und die damit verbundene Wasserableitung vorbei ist, ist das Schwimmbad im Sonnenbad hinter dem Hauptbahnhof (Naturheilverein) wieder benutzbar. (S. Anzeige).

Operetten-Abend in der Festhalle mit anschließendem Stadtgartenfest. Der Gedanke der Kombination eines Operetten- und Stadtgartenfestes in der Festhalle mit anschließendem Stadtgartenfest ist neu und darf wohl als eine glückliche Begegnung werden, da durch diese Zusammenlegung ermöglicht wurde, die Eintrittspreise zu beiden Veranstaltungen niedriger zu halten, um weiten Kreisen die Teilnahme hieran zu sichern. Der Garten wird reich illuminiert, der See trägt laubstempelgeschmückte Boote, fünf schwebende Weisen einer Musik-Kapelle (Musikverein Harmonie) begleiten das gaudioso Getriebe der Genetianischen Nacht. Dazwischen ertönen im kleinen Festhallaesal Klängen leicht beschwingter oder traumhafter Länze. Bei schlechtem Wetter finden die Veranstaltungen im großen und kleinen Festhallaesal angehängelt statt, nur das Gartenfest fällt dann aus.

Am 6. ds. Mts. führte ein Stauent beim Hebersteigen der Fasanengartenmauer ab und zog sich eine Verletzung der Wirbelsäule zu. Der Verletzte fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Festensommer wurden ein Reisender aus Eßlingen wegen Sabotagehandlung, ein Kaufmann aus Frankfurt a. M. wegen Erpressung sowie eine Gesellschaft von 8 Personen, die eine Reihe von Diebstählen von Kupferdraht an Telegraphenlei-

lungen berübt haben legio, den Draht an sich brachten. Das Diebesgut konnte zum Teil wieder beigebracht werden.

Valuta-Bericht vom 7. Juli

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 120 Gts. Auszahlung Holland notierte etwa 176.50 M per Hfl. Auszahlung Schweiz notierte etwa 87 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte etwa 2040 M per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 38.70 M per frz. Fr. Auszahlung Neupost notierte etwa 455 M per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 250, gef. 12 Jm. J. 386, gef. 4 Jm. Magar 526, gef. 6 Jm. Mannheim 435, gef. 5 Jm.

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Redaktionsberichterstattung und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Redaktionsberichterstattung, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heftausgaben Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wiss und mehr Jellen

Wiss und mehr Jellen Nr. 7. - die Jelle (Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe-Mühlburg. (Bruderbund) Heute Freitag abend 1/2 8 Uhr Kolofeum. - Sonntag mittag Treffpunkt beim Bezirksklub Mitglieder Einigkeit. - Montag abend 1/2 8 Uhr Probe mit Deckstift. Vollständiges Erbsenen Ehrenprobe. Der Vorstand. Anlach. (Soz. Maßvereine) Morgen Samstag, 8. ds. Mts., abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung in der „Krone“ Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Vollständiges Erbsenen unbedingt notwendig. 1573 Der Vorstand. Durlach-Mue. (Sozialdem. Verein) Am Samstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Schwaan“ Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung. Zahlreiches Erbsenen dieserhalb dringend gebeten. 1574 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgaben. Robert Bayer von Wimsheim, Radwächter hier, mit Karoline Huber Witwe von Gochsheim. Rudolf Gerwig von hier, Kaufm. hier, mit Maria Holzhauser von hier. Karl Schuler von hier, Lehrer hier, mit Margarethe Wöbel von hier. Paul Hohloch von hier, Kaufm. hier, mit Gertrude Hagerborn von Pforzheim. Paul Görg von Neuenburg, Bau-Ingenieur in Rehl, mit Marie Wüchler von hier.

Gehilfen. Alfred Lorenz von hier, Hilfsarbeiter hier, mit Luise Rothweiler von hier. Ludwig Reuch von hier, Postkassierer hier, mit Marie Kreis von hier. Franz Ull von Strahburg, Lehrer hier, mit Emma Maß von Weisenfeld. Andreas Verlich von Richtenau, Post-Inspektor hier, mit Elisabeth Dreher von hier.

Geburten. Grifa Ruth, Vater Friedr. Förster, Fabrikant. Mathilde Luise, Vater Wendelin Körner, Bäckmeister. Helmut Karl Wilhelm, Vater Karl Jelenbeck, Straßenbahnschaffner. Helmut Arthur, Vater Leo Schiebened, Stadtagelöhner. Ethel, Vater Emil Haller, Kaufmann. Waltraut Marianne Käte, Vater Aug. Weber, Kassenschriftf. Adolf Friedrich, Vater Adolf Wader, Oberkellner. Reinhard, Vater Anton Müller, Lagerarbeiter. Ruth Mathilde, Vater Friedr. Grab, Revisionssinspekt. Friedr. Wih. Richard, Vater Wih. Schmidt, Missionar.

Todesfälle. Franziska Leberle, alt 84 Jahre, Ehefrau von Karl Leberle, Oberrevisor. Angelina Schuler, alt 61 Jahre, Witwe von Joh. Schuler, Reich. Arbeiter. Adolf Bräutigam, Oberkellner, Chemann, alt 58 Jahre. David Domburger, Kaufm., Chemann, alt 67 Jahre. Hans, alt 7 Monate 7 Tage, Vater Rich. Diebold, Schuhmann. Franz Feuchter, Reich. Arbeiter, Witwer, alt 68 Jahre. Marie Fr. ohne Beruf, ledig, alt 52 Jahre. Arthur, alt 15 Tage, Vater Adolf Straub, Gießerei-Mont. Beerdisungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Freitag, 7. Juli. 3 Uhr: Marie Fr., Privatn., Gottesdienststraße 29, Feuerbestattung.

Starke Befall damit dem Referenten für seine Worte. Die sich daran anschließende Diskussion war außerordentlich lebhaft. Nach Genosse Dose führte Genosse Kullmann an: Man solle nun freudig als die Ministerien nennen, in denen die Politik der letzten Jahre gemacht wurde, die die Regierung für die Abhilfe der der Verbesserung kranken Schulangelegenheiten ein Gesetz machen. Die Parteigenossen sind leider an diesen Sachen nicht unzufrieden, da sie sich sehr wenig um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Genosse Kullmann warf die Frage des Schutzes der Republik auf und bemerkte: Das Zentrum hat bekanntlich zwei Gesichter, deren es sich nicht bedarf. Von den übrigen rechtsgerichteten Parteien braucht man zum Schutze der Republik, wenn es einmal hart auf hart geht, nichts erwarten. Also bleiben als einzige Schützer die kassenbewußten Arbeiter übrig. Wie die bewaffnete Macht jetzt zusammengesetzt ist, kann man von ihr nicht behaupten, daß sie einen wirksamen Schutz der Republik bedeutet. Nach dem Genossen Schelau, der einige Angelegenheiten aus seinem Bereich vortrug, sprach Genosse K. o. d. Der Diskussionsredner sagte, die Reichsmassnahmen hätten schon beim Erzbergermord in Wirklichkeit teten sollen. Er führte dann einzelne Sätze aus der Broschüre „15 Fragen an Philipp Scheidemann“ an, und gestellte verschiedene Ausführungen derselben. Interessanterweise konnte der Redner mitteilen, daß dieses mit Zustimmung des Oberpräsidenten M. u. v. noch bestellt wird. Die Sätze an welche schloß sich diese Broschüre interessanter, denn der Verkauf derselben stellt einen schweren Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik dar. Früher waren alle Parteigenossen Vertreter, deren Söhne in der Reichswehr waren. Heute verlangt man, daß die Reichswehr demokratisch werde. Die Republikaner gaben die Stellen für die Söhne Bürgerlicher frei. Nachdem Genosse Dr. Kullmann einige Bemerkungen gemacht hatte, gab Genosse K. o. d. in der Versammlung bekannt, daß der Kolonialwarenhändler Weber in der Regenfelderstraße die Demonstrationen als Zigeuner bezeichnete. Ein Weidnermeister in derselben Straße nannte sie sogar Zuchthäuser. Genosse K. o. d. führte den Hintergrund von dem Werd auf die Schule zurück. Die Schüler müßten in einem anderen Geist erzogen werden. Es sprachen sodann noch die Genossen Schwert und Klein.

In seinem Schlusswort gab Genosse Dr. Kullmann seiner Befriedigung über die fruchtbringende Diskussion zum Ausdruck, und sprach die Hoffnung aus, daß das Gesagte zur Tat werden möge.

Der Antrag K. o. d. fand einstimmige Annahme. Er lautet: „Die heutige Parteiversammlung verlangt von ihren parlamentarischen Vertretungen, daß sie ein Gesetz erwirkt betreffend Schaffung von Elternbeiräten an den Volksschulen.“ Bei dem 2. Punkt der Tagesordnung: „Wahl der Mitglieder des Kreisverbandes“, wurde Genosse K. o. d. gewählt. Die vorgeschlagenen Mitglieder wurden einstimmig gewählt. Es sind dies die Genossen Schwert, Frau Müller, Koch, K. o. d. und Becker.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Am 50. Geburtstag von Albert Haueisen. Albert Haueisen ist vor 50 Jahren am 7. Juli in Ludwigsbafen a. Rh. geboren. Schon frühzeitig zeigte sich bei dem Knaben eine so starke Begabung zur Malerei, daß es für die Berufswahl Haueisens keine Zweifel gab. Er hat seine sachliche Ausbildung auf den Akademien in Karlsruhe und München genossen; ausgedehnte Reisen nach den deutschen Kunstzentren, nach Paris und Italien erweiterten seinen Gesichtskreis. Nach einem raschen Aufstieg, der ihm außerordentliche Ehren und Erfolg in reichem Maße brachte, zog er sich für Jahre in die Stille nach Bernau und später Jodgrün in der Pfalz zurück, um sich das zu erwerben, was uns keine Schule und keine Akademie zu geben vermag. In Karlsruhe stand er fast zu allen Zeiten seiner Entwicklung im Brennpunkt des künstlerischen Interesses, er fand überaus viele und begeisterte Verehrer seines Künstler-tums und harnüchtige Gegner.

Die Republik berief ihn im Jahre 1910 nach Karlsruhe, als mit der Reform der staatlichen Kunstinstitute begonnen werden sollte. Er ist 2. Vorsitzender des deutschen Künstlerbundes, einer der beiden großen Organisationen der deutschen Künstler. Außerdem hat er die deutsche Kunst mit Erfolg vertreten. Er steht heute auf der Höhe seiner Kraft. Zu seinem 50. Geburtstag wünschen wir ihm, daß seinem hohen und ersten Streben der Erfolg beschieden sei und daß seine harte Künstlerpersönlichkeit der badischen Kunst recht lange erhalten bleiben möge.

Wo decken Sie am vorteilhaftesten und billigsten Ihren Schnhbedarf? Nur bei Josef Zepi Schuhhaus Durlacherstr. 3 (Durlacher Tor)

Schwimmbad im Luft-, Licht-, Sonnen- u. Schwimmbad (Naturheilverein) hinter dem Hauptbahnhof wieder benutzbar. Familienbad und besonderes Frauenbad. Tamburin-, Fußball- und Handballspiel vorhanden. 4807 Herrliche Aussicht auf das Gebirge.

Sofort gesucht: tüchtige Maurer, Ein-schaler, Cementeure für unsere Baustellen Eisenwerke Gaggenau, Stolzenberg Ds. 4269 Th. & O. Hessig, Karlsruhe, Strichstraße 40.

Wir suchen je eine zuverlässige Zeitungs-Trägerin für die Mittelstadt und Weststadt. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden. Geschäftsstelle des „Volksfreund“ Luisenstraße 24.

Zur Aufklärung an Alle! Gewaltige Preissteigerungen in allen Geschäftszweigen machen es zur Pflicht, jede Gelegenheit zum vorteilhaften Einkauf zu ergreifen. Suchen Sie 4802 Lederwaren Damentaschen Besuchstaschen Portemonnaies Briefstaschen - Aktenmappen - Berufstaschen Geldscheintaschen u. sonst. Offenbach. Lederwaren so finden Sie diese Artikel zu wirklich vorteilhaften Preisen von der einfachsten bis zur hochfeinsten Ausführung für jede Geschmacksrichtung passend im Offenbacher Lederwaren-Vertrieb Nur Kalsersstr. 203, I. Karlsruhe Nur Kalsersstr. 203, I. Beachten Sie genau die Hausnummer. 4803

